



GRÜNE NIEDERNHAUSEN ZU WINDKRAFTANLAGEN IM WALD

LIEBE ENGENHAHNER,

wir werden in den letzten Wochen zunehmend auf eine mögliche Nutzung des Niedernhausener Waldes für Windkraftanlagen angesprochen. Gegner solcher Anlagen erwarten von uns, dass wir dies kategorisch ablehnen. Begeisterte Befürworter wollen, dass wir uns dafür stark machen.

Wir haben jedoch eine differenzierte Haltung, die kein einfaches „Ja“ oder „Nein“ zulässt und die wir mit diesem Blatt deutlich machen wollen.

Die Grünen in Niedernhausen setzen sich seit Jahrzehnten dafür ein, die Beeinträchtigungen durch Fluglärm, Autobahnlärm, etc. zu verringern. Sie setzen sich seit Jahrzehnten auch für mehr Naturschutz auf unseren Waldflächen ein.

Gleichzeitig ist uns klar, dass auch wir in unserer Gemeinde einen Beitrag zur Energiewende leisten müssen, da Atomkraftwerke wegen der Risiken und Kohlekraftwerke wegen des drohenden Klimawandels für diese und kommende Generationen nicht zu verantworten sind.

Es wäre uns lieber, wenn Windkraftanlagen ausschließlich auf landwirtschaftlichen Freiflächen und nicht im Wald gebaut würden. Doch sagen die Experten der hessischen Landesregierung, dass zusätzlich Waldstandorte benötigt werden.

KRITERIEN FÜR STANDORTE

Daher gibt es für uns einen Zielkonflikt, den wir folgendermaßen lösen wollen:

Jeder einzelne Standort muss auf seine Eignung geprüft und

beurteilt werden. Dabei wollen wir für unsere Entscheidung z.B. folgende Kriterien anlegen:

Windkraftanlagen in ökologisch wertvollem Mischwald oder Buchenwald lehnen wir ab; an Standorten mit Fichtenmonokulturen halten wir sie für vertretbar.

Es darf nicht zu einer Gefährdung seltener Tier- und Pflanzenarten kommen; dies muss durch unabhängige Gutachten vor einem Bau geklärt werden. Die Eingriffe müssen an anderer Stelle im Gemeindewald durch ökologische Verbesserungen ausgeglichen werden.

Der Abstand zu Wohngebieten muss in Abhängigkeit von der Anlagengröße so groß sein, dass eine Belastung mit Lärm oder Schattenschlag ausgeschlossen werden kann.

Dagegen ist für uns kein hinreichender Ablehnungsgrund, dass die Windräder am Horizont zu sehen sind, sonst dürfte es in ganz Deutschland keine Anlagen geben.

Die mögliche Erzielung von Pacht- und Gewerbesteuererträgen der Gemeinde, die bis vor kurzem von Bürgermeister Döring in den Vordergrund gerückt wurde, ist für uns kein Argument bei dieser schwierigen Güterabwägung. Wir wollen auch nicht, dass die Gemeinde selbst investiert. Sollte kein weitgehender Konsens zu konkreten Bauabsichten unter den Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden können, treten wir für einen Bürgerentscheid ein.

LAND LEGT VORRANGFLÄCHEN FEST

Demnächst legt die Landesregierung in einem Landesentwicklungsplan (LEP) Vorranggebiete für Windkraftnutzung fest.

Wenn dieser Rechtskraft erlangt, darf nur noch in diesen Gebieten und nicht mehr außerhalb gebaut werden. Eine weitere Voraussetzung ist die Zustimmung des Eigentümers der Flächen. Im Entwurf des LEP sind Waldflächen bei Oberjosbach und bei Engenhahn eingezeichnet; die Karte (1) ist einsehbar unter

http://www.rp-darmstadt.hessen.de/irj/RPDA_Internet?cid=-f08450a50a6717b51643c6a81fe40c9a

Die Flächen bei Engenhahn sind weitgehend im Besitz des Landes (Hessenforst) und der Stadt Idstein. Daher gibt es nur geringe Möglichkeiten der Gemeinde, hier Einfluss zu nehmen. Als Investor steht für den Taunuskamm u. a. die Taunuswind GmbH bereit, die von der Stadt Wiesbaden und der Stadt Taunusstein gegründet wurde. Die Entscheidungen dazu wurden vom Taunussteiner Bürgermeister Hofnagel (CDU) vorangetrieben und auch von der Taunussteiner CDU mitgetragen. Es ist bisher nicht bekannt geworden, dass der CDU-Bürgermeisterkandidat Reimann, der hier die Windkraftnutzung ablehnt, als Stadtverordneter in Taunusstein dagegen protestiert hätte. Die Flächen bei Oberjosbach dagegen sind im Besitz der Gemeinde. Hier kann die Gemeindevertretung - nicht der Bürgermeister - entscheiden, ob Windräder zugelassen werden. Die Windstärke hier ist geringer als bei Engenhahn; daher ist es weniger wahrscheinlich, dass Investoren hier bauen wollen.

GRÜNE FÜR SCHUTZ DES WALDES

Die Grünen versuchen seit vielen Jahren, ökologisch beson-

ders wertvolle Teile des Gemeindewaldes unter besonderen Schutz zu stellen und dort auf eine Holzernte zu verzichten. Dies schließt natürlich auch den Bau von Windrädern dort aus. Doch vor genau einem Jahr haben CDU und SPD in der Gemeindevertretung verhindert, dass zuvor einvernehmlich ausgesuchte Waldgebiete strenger geschützt werden. Dies waren der Lenzenberg bei Engenhahn/Niederseelbach und ein Gebiet am Buchwaldskopf in Oberjosbach. Die einzige vorgebrachte Begründung war, dass man Waldflächen zur Windkraftnutzung freigehalten wolle. Der entsprechende Zeitungsbericht aus Idsteiner Zeitung und Wiesbadener Kurier ist umseitig auszugsweise abgedruckt. Vorausgegangen war schon 2008 die Ablehnung der Waldstilllegung durch CDU und SPD im Ortsbeirat Engenhahn, während der Ortsbeirat Oberjosbach dies einstimmig befürwortete.

Wir Grüne stehen nach wie vor jederzeit bereit, in der Gemeindevertretung die ausgesuchten Waldgebiete (ca. 95ha) und auch weitere ökologisch besonders wertvolle Waldflächen unter Schutz zu stellen und damit faktisch von der Windkraftnutzung auszuschließen. Dies ist rechtlich jedoch nur bei Waldflächen, die im Gemeindebesitz sind, möglich. Diese Vorgehensweise entspricht voll unseren Überzeugungen für einen verantwortungsvollen Ausbau der regenerativen Energien. In der Gemeindevertretung gäbe es dafür eine sichere Mehrheit, wenn die CDU (oder die SPD) ihre bisherige Haltung aufgeben und uns unterstützen würde.

AUSZUG AUS IDSTEINER ZEITUNG/ WIESBADENER KURIER VOM 18. FEBRUAR 2012:

WALDRESERVE FÜR WINDRÄDER

18.02.2012 - NIEDERNHAUSEN

Von Susanne Stoppelbein

RÜCKNAHME Niedernhausen reicht gängiges Gütesiegel / Flächenstilllegung vom Tisch

Das Gemeindeparlament hat einen Beschluss zur naturnahen Waldbewirtschaftung revidiert, der über Jahre nicht umgesetzt wurde. Statt zusätzliche Flächen stillzulegen und sich einer strengeren Zertifizierung zu unterwerfen, möchte die Mehrheit sich nun lieber ein Flächenpolster für den Bau von Windkraftanlagen erhalten.

Die „aktuelle Diskussion über Windkraftanlagen“ (die wohl vor allem intern unter den Kooperationspartnern SPD und CDU geführt wird), sei „ein triftiger Grund“, sagte der Engenhahner Ortsvorsteher Peter Woitsch (SPD) in der Gemeindevertretung. „Wir wissen nicht genau wohin und welcher Flächenverbrauch“, so Woitsch. Klar sei aber, dass es keine geeigneten Standorte in freiem Feld gebe. „Es wird auf den Wald hinauslaufen.“ Deshalb wäre es falsch, Flächen umzuwidmen, von denen man noch nicht wisse, ob sie benötigt würden.

Im Herbst 2007 hatte die Gemeindevertretung auf Antrag der Grünen beschlossen, den bereits nach dem üblichen PEFC (Pan-Europäische Forst-Zertifizierung) zertifizierten Gemeindewald nach den strengeren Kriterien des sogenannten Forest Stewardship Council (FSC) zertifizieren zu lassen, wie in Schlagenbad oder Wiesbaden. Zehn Prozent der ökologisch wertvollsten Waldflächen wollten die Kommunalpolitiker stilllegen, um etwas Gutes für Natur und Tierwelt zu tun und dafür Ökopunkte einzutauschen.

Das Parlament setzte eine Arbeitsgruppe aus Kommunalpolitikern, Naturschutzbehörde und Forst ein, die Flächen zur Stilllegung vor-

schlagen sollte. Es gab zwei Ortstermine, vier Arbeitsgruppensitzungen sowie drei Vorschläge für Stilllegungsflächen, wobei ein Waldstück am Lenzenberg favorisiert wurde. Die Ortsbeiräte wurden angehört. Engenhahn lehnte ab. Dort hatten sich auch die Jäger zu Wort gemeldet, sie befürchteten Einschränkungen für die Jagd. Hingegen hatte der Ortsbeirat Oberjosbach den Wunsch geäußert, auch in diesem Ortsteil Waldflächen stillzulegen.

Die Sache ging dann zurück an den Arbeitskreis, doch der hat zum Unmut der Antragsteller seither nicht mehr getagt. CDU und SPD, die seit Jahren die Niedernhausener Kommunalpolitik bestimmen, hatten wohl kein Interesse daran, den Beschluss voranzutreiben. Erst jetzt brachte die Mehrheit das Thema wieder auf den Tisch - um den Beschluss rückgängig zu machen.

Es sei nicht darum gegangen, auf die Vermarktung des Waldes zu verzichten, sondern geringe Flächen stillzulegen, um etwas für Insekten, Vögel, Wildkatze und vielleicht auch den Luchs zu tun, sowie auf der Gesamtfläche nach FSC etwas schonender und ökologischer zu wirtschaften, sagte in der jüngsten Sitzung des Gemeindeparlaments Peter Seel (Grüne). Das Geld aus den Ökopunkten, laut Seel mindestens 160.000 Euro, hätte die Gemeinde etwa als Ausgleich für künftige Baugebiete gut brauchen können. Zudem lasse sich strenger zertifiziertes Holz auch besser vermarkten.

Vollständiger Artikel unter

<http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/untertaunus/niedernhausen/11678333.htm>

<http://www.wiesbadener-kurier.de/region/untertaunus/niedernhausen/11678102.htm>